Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1861

3.7.1861 (No. 154)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 3. Juli.

Nr. 154. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. 1861.

Telegramme.

△ **Wien**, Dienstag, 2. Juli. In der heutigen Sitzung des Unterhauses theilte der Minister v. Schmerling auf Befehl des Kaisers Namens der Regierung Folgendes über das Reskript an den ungarischen Landtag mit:

Der Kaiser vernahm die Verhandlungen des Landtags über seine Herrscherrechte und die Ausfälle gegen seine gesetzlichen und unläugbaren Rechte als erblicher König von Ungarn mit Bedauern. Dennoch glaubte er darin mehr Verirrungen des Augenblicks Einzelner, als die Gesinnungen des Landtags erblicken zu müssen. Da jedoch diese Ansichten in der Adresse einen Ausdruck gefunden haben, erkannte der Kaiser es als seine Pflicht, die seiner Person schuldige Ehrfurcht und Hochachtung zu wahren und sich demgemäß hinsichtlich der in der Adresse enthaltenen hochwichtigen Fragen rückhaltlos auszusprechen. Der Kaiser forderte die ungarischen Stände auf, ihm die Adresse mit Berücksichtigung der Gepflogenheit von 1790 in der Weise zu unterbreiten, welche ihre Annahme mit der Würde der Krone und jeder erblichen Herrscherrechte vereinbar macht, die der Kaiser gegen alle Angriffe stets zu wahren wissen wird. Mit allem Grunde darf die Regierung eine baldige Entscheidung dieser wichtigen Angelegenheit erwarten. (Beifall.)

Der Justizminister begründet den Gesetzentwurf über die Grundzüge der Gerichtsorganisation, und kündigt im Verlauf seiner Rede die baldige Vorlage eines Preßgesetzentwurfs, Aenderungen des Wucherpatentes, eine Novelle zum Strafprozeßgesetz-Entwurf über die Unabhängigkeit des Richterstandes an.

Pesth, 1. Juli. (Frkf. Bl.) Die Sitzung des ungarischen Landtags wurde heute um 1 Uhr Nachmittags eröffnet. Der Präsident legte den Erlaß des Königs versiegelt vor, worauf Rufe ertönten, die Sendung uneröffnet zurückzuschicken. Auf die Ermahnungen des Präsidenten und nachdem die Ruhe wieder hergestellt war, wurde der Erlaß verlesen, worauf dessen Drucklegung und Vertagung des Landtags auf einige Tage beschlossen wurde. In der Sitzung des Oberhauses hat die Verlesung des königl. Erlasses bei vollkommenster Ruhe stattgefunden.

Bern, 1. Juli. (Frkf. Bl.) Hr. Dapples eröffnete heute den Nationalrath. In seiner Rede betonte er die Nothwendigkeit, auf alle Eventualität zur Vertheidigung der Neutralität bereit zu sein. Hierauf wurde zur Wahl des Präsidenten geschritten; im vierten Wahlgange erhielt Karrer (Bern) 39 Stimmen gegen Escher, auf welchen nur 37 Stimmen fielen. Bei der Wahl des Vizepräsidenten erhielt im fünften Wahlgange Escher 45 gegen Philippin (Neuenburg) mit 27 Stimmen. Das Resultat wurde durch die Stimmzähler bestätigt. Karrer ist also Präsident und Escher Vizepräsident. — Der Ständerath wurde durch Hrn. Blumer eröffnet. Zum Präsidenten wurde Hermann (Unterwalden) und zum Vizepräsidenten Vigier (Solothurn) gewählt.

Madrid, 1. Juli. (Frkf. Bl.) Die „Gazetta" berichtet: Eine Bande Republikaner, 300 Mann stark und angeführt von Loja, zeigte sich in den Gegenden von Lorca und Albestas.

Turin, 1. Juli. (Schw. M.) In der heutigen Kammersitzung wurde der Antrag, eine Petition um Rückberufung Mazzini's für dringlich zu erklären, verworfen. Darauf Fortsetzung der Debatte über die Anleihe. Ricasoli setzte auseinander, Italien rüste nicht blos zur Vertheidigung des gegenwärtigen nationalen Gebiets, sondern ebenso zu dem Zwecke, dasselbe zu vervollständigen, ihm die natürlichen berechtigten Grenzen zurückzugeben. Mit Ausnahme Oesterreichs seien die freundschaftlichen Beziehungen zu den Großmächten befriedigend. Mit Entrüstung weise er jeden Gedanken an eine Gebietsabtretung zurück (Beifall). Die Regierung des Königs hat ihr Auge auf das Gebiet, welches es gilt, erst wieder zu bekommen, hat ihr Auge auf Rom und Venedig und deren Schmerzensadressen. Die Regierung fühlt wohl, welche schwere Aufgabe man von ihr erwartet; aber sie ist entschlossen, sie zu erfüllen, und zu Gott sei's gehofft, sie wird sie erfüllen. Im Laufe der Zeit werden sich Gelegenheiten vorbereiten, welche den Weg nach Venedig eröffnen werden. Inzwischen denken wir an Rom! Wir wollen nach Rom gehen. So lange Rom politisch getrennt von Italien ist, wird es ein Herd von Intriguen und Verschwörungen bleiben und eine beständige Drohung gegen die öffentliche Ordnung sein. Der Besitz Roms ist darum für Italien nicht bloß ein Recht, sondern eine unerbittliche Nothwendigkeit. Wir wollen aber nicht nach Rom gehen mittelst revolutionärer Bewegungen, welche das nationale Werk kompromittiren könnten, sondern im Einverständniß mit Frankreich, indem wir der Kirche den Weg, sich selbst zu reformiren, dadurch eröffnen, daß wir ihr durch den Verzicht auf die weltliche Herrschaft volle Freiheit und Unabhängigkeit verschaffen. Die Regierung hält die Lösung nicht für leicht, aber das Bewußtsein der Größe und der Gerechtigkeit der Sache Italiens gibt ihr Muth und Hoffnung, daß sie das Ziel erreichen wird. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) — Das Anleihegesetz wurde mit 242 gegen 14 Stimmen genehmigt.

Cattaro, 30. Juni. (Frkf. Bl.) Abdi Pascha und die mit ihm verbündeten Merediten wurden in dem befestigten Platze Nehai von den Montenegrinern angegriffen, schlugen aber den Angriff siegreich zurück. Die Montenegriner haben sich darauf mit einigem Verlust in die Berge zurückgezogen.

Konstantinopel, 1. Juli. (Frkf. Bl.) Heute hat die erste Lesung des Hat, welchen der neue Sultan nach seiner Thronbesteigung erlassen hat, stattgefunden. Nach demselben bleiben die Minister im Amt, die publizirten Gesetze, welche die Gleichheit der Unterthanen ohne Unterschied zusichern, werden aufrecht erhalten und die Ordnung des Staatshaushalts und der Finanzen anbefohlen. Der Sultan hat die Gesandten der fremden Mächte empfangen. — Mamick Pascha ist zum Minister des Kriegs ernannt.

---

mm. **Die „Allgemeine Zeitung" und ihr Korrespondent „Vom Main".**

Und wird die Schande groß,
So geht sie auch am Tage bloß.

Dieses Wort in einem der unsterblichsten Meisterwerke des deutschen Geistes hat sich leider schon längst an dem gefallenen Blatte bewährt, zu dessen Gründung seiner Zeit der nationalste unserer Dichter mitgeholfen hat. Der große Gedanke, von welchem Schiller getragen war, als er den Anstoß zur ersten Schöpfung der „Allgemeinen Zeitung" gab, findet freilich längst in derselben keine Vertretung mehr, sondern nur ein arglistiges Spiel selbstsüchtiger Sophistik, auf dem kein Segen ruht und das keine Ehre bringt. Auch der Tag gehörte nicht zu den glücklichen für ein Blatt, dem ein berühmt gewordener Prozeß noch jüngst die Klugheit der Zurückhaltung und der Bescheidenheit gelehrt haben sollte, an dem es sich am Main einen bundesrechtskundigen Korrespondenten ausgewählt hat. Unstreitig ist er ein „ehrenwerther Mann", aber die Hiebe, die er führte, trafen nicht den Gegner, den er sich ausgesucht. Es erging ihm, wie manch' tapferem Recken, der in einen heiligen Krieg auszog und klanglos aus demselben zurückkehrte, nachdem er sich allein an der Waffe verwundet, mit der er die Ungläubigen zu schlagen gehofft hatte.

Sonderbar! — Das Lied, das, vom Mainstrom her erklungen, zuerst in der „Postzeitung" widerhallte, dann endlich in der „Augsburger Zeitung" so prächtig ertönte, war als Triumphgesang intonirt. Kaum aber fiel der „Karlsruher Anzeiger" mit seiner verstimmten Leyer ein, so verkehrte sich der ganze Jubel in einen Spottgesang über die Betrüger und betrogenen Betrüger selbst. Wir unsererseits könnten uns wohl Etwas zu gute thun, daß sich herausgestellt hat, daß, wenn an unserer Versicherung, die großh. Regierung denke nicht an den Abschluß einer Militärkonvention mit Preußen, etwas „Geschraubtes" war, jedenfalls die fröhlichen Leidtragenden des „Karlsruher Anzeigers" mit ihrer peinlichen Empfindung und der vielgewandte Mainkorrespondent selbst die „Geschraubten" waren.

Neben dem komischen Eindruck hat die Thatsache, daß die Herausgeber des verrufenen Organs eines ekelhaften bayrischen Partikularismus und großdeutscher Intriguanten immer noch rechnen konnten, unter uns Leser zu finden, ihre sehr ernste Seite. Gilt es doch nachgerade allgemein und mit Recht als eine levis notae macula, mit blindem Glauben seine geistige Nahrung und politische Information aus der Augsburgerin zu nehmen. Es muß im Lande somit allerdings noch Personen geben, denen diese Verurtheilung der öffentlichen Meinung und des guten Geschmackes unbekannt geblieben ist. Sonst wäre es wohl selbst „am Main" Niemanden eingefallen, in dem Bearbeiten dieser Kreise Geschäfte machen zu wollen. Doch damit genug über das von der Augsburgerin mystifizirte Publikum.

In der Sache selbst bemerken wir dem Korrespondenten „vom Main" und seinen guten Freunden, daß wir von der großh. Regierung zuversichtlich erwarten, daß sie sich durch keinerlei Einschüchterung, mag dieselbe aus der Ecke eines ministeriellen Kabinets oder einem Konventikel enttäuschter politischer Spekulanten kommen, in einer Politik wird aufhalten lassen, welche sie als den Interessen des eigenen Landes und von ganz Deutschland entsprechend findet. Sie wird im Gegentheil ihre nationale Politik rückhaltlos, und wenn es sein muß, auch rücksichtslos weiterführen. Wir hoffen, sie wird wissen, daß keine Macht in Deutschland stark genug ist, diese Politik, welche von der öffentlichen Meinung einer ganzen großen Nation gestützt wird, zu behindern, so lange sie selbst es an dem festen unbeugsamen Willen, dieselbe aufrecht zu halten, nicht fehlen läßt, und so lange sie den unerschütterlichen Glauben an die Zukunft unseres Volkes und die Wiedergeburt unseres Vaterlandes festhält. Die Regierung mag ihre volle Stärke, und was mehr ist, auch die vollendete Ohnmacht ihrer

---

** Breneli.

(Fortsetzung.)

VII.

Jetzt endlich konnte die Mutter ihrem Sohne, konnte Breneli ihrem Johannes wieder schreiben. Er hatte doch wenigstens eine bleibende Stätte, und es war den Beiden, die wir an dem blank gescheuerten, einfachen tannen Tische in Lisbeth's Stübchen, die eine schreibend, die andere halb und halb diktirend bemerken, wohler und leichter um's Herz, seitdem sie wußten, daß der junge Mann, wenn auch im Spital und kaum genesend, doch aus dem Bereiche der bösen Kugeln war.

„Wißt Ihr auch, Mutter Lisbeth," sagte Breneli, „daß es wieder Friede gibt zwischen den Oesterreichern und Franzosen?"

„Wenn's Gottes Wille wäre, Breneli; aber ich glaube nicht, daß der Oesterreicher so schnell nachgibt, hat er doch, wie Johannes geschrieben und der Herr Schulmeister sagt, dem Franzosen bei Aspern eine böse Schlappe beigebracht."

„Des Schulmeisters Wort in Ehren, Mutter, aber der Herr Pfarrer sagt, es sei schon Waffenstillstand abgeschlossen, und das sei der Anfang zum Frieden."

„Du sollst Recht haben, Breneli; aber ich weiß nicht, welche schlimme Ahnung mir sagt, daß das für uns dennoch nichts Gutes bringt. Ich glaube gar nicht mehr an das Glück, seitdem die Menschen uns so übel mitgespielt haben."

„Warum immer so kleinmüthig, Mutter Lisbeth. Hat doch bei aller Ungerechtigkeit der Menschen der liebe Gott seine Augen offen gehalten über dem Johannes und hat ihn fest gemacht gegen die Kugeln und ihn errettet vom Spitalfieber, und wird ihn, ich glaube fest daran, bald wieder in Eure Arme heimführen."

„Und wie wird er ihn heimführen?"

„Als braver Soldat wird er heimkommen; zum Wachmeister haben sie ihn, oder hat er sich gemacht, und das will, wie der alte Christof sagt, schon viel heißen; denn nicht einmal er habe es in zehn Jahren des Soldatenlebens dazu gebracht."

„Und was nützt uns das, Breneli; wenn er gar noch ein vornehmer Herr geworden ist, da wird er nimmer arbeiten wollen für sein altes Mütterlein, da wird er in die Stadt ziehen und dort ein Amt nehmen und wird vielleicht nur selten einmal Zeit und Lust haben, sein armes Dorf und seiner Mutter Hütte zu besuchen."

„Das glaubt Ihr selber nicht im Ernste, Lisbeth, dazu haltet Ihr den Johannes für zu gut. Und wenn er auch in die Stadt zieht, ei, dann ziehen wir mit ihm dahin und verkaufen das Häuschen und unsere Aecker und Wiesen im Dorf, und pflegen unser Mütterlein auch dort in seinem Alter."

„Gutes Kind, wie schaust Du noch so rosig in eine rosige Zukunft! Wollte Gott, Deine Hoffnung würde nicht getäuscht! Doch, ich höre Deines Vaters Stimme, Du bist ihm wieder zu lange bei mir geblieben; gute Nacht, Breneli!"

„Schlaft wohl, Mutter Lisbeth!"

Drüben beim Chrüsibauer aber ward es so bald noch nicht ruhig.

„Schon wieder so lang aus, Mädchen! Das Geläufe muß ein Ende nehmen. Die Alte hetzt Dich immer wieder von neuem auf, meinem Willen zuwider zu sein, und auch damit muß es ein Ende nehmen."

„Vater, ich bitte Euch, laßt die Sache in Ruhe! Ihr kennt meinen festen Entschluß. Des Müllers Michael gebe ich nimmermehr meine Hand, ich gehe nicht freiwillig in mein Unglück."

„Das verstehst Du nicht, Mädchen. Der Michael wird ein braver Mann, hat Geld, und ist von guter Familie da, und der Johannes ist ein Lump, ein armseliger Schlucker, und wenn er zehnmal in zweifarbigem Rock steckt und zehnmal Korporal oder Feldwebel oder Wachmeister ist. Kurz und gut, wenn Du den Soldaten willst, vorausgesetzt, daß er mit heiler Haut zurückkommt, so enterbe ich Dich und gebe Dir dafür meinen —"

„Vater, haltet ein, versündigt Euch nicht an dem Andenken meiner Mutter, nicht an unserm Herr Gott im Himmel! Ich will nicht daran Schuld sein, daß Ihr eine solche schwere Sünde auf Euer Gewissen ladet; ich will Euch gehorchen!"

„Du willst? Nun, da gebe ich Dir statt des Fluches meinen —"

„Auch mit Euerm Segen haltet ein, Vater! Es ist nicht gut, in einer Minute Fluch und Segen sprechen über des Kindes Haupt. Und wenn ich sage, ich wolle gehorchen, so versteht mich recht. Ich verspreche Euch nur, den Johannes nicht gegen Euern Willen zu heirathen; aber des Michels Weib zu werden, das, Vater, das zu versprechen, geht über meine Kräfte, das kann ich nicht."

„Du kannst nicht; nun, es ist immerhin so viel. Kommt Zeit, kommt Rath. Ich bin vorderhand auch damit zufrieden."

Mit diesen Worten wandte er sich der Thüre zu und entfernte sich. Wir sehen ihn etwa eine Stunde nachher aus der Obermühle herauskommen. Sein Gesicht ist vergnügter als seit lange her, und auch der Müller, der ihm zum Abschied noch unter einem bedeutsamen Blicke die Hand reicht, scheint heiter zu lächeln, obwohl dem nähern Beobachter nicht entgehen konnte, daß sich über beider Männer Gesicht ein gewisses schlaues Schmunzeln zog, das eben nichts Gutes bedeutete.

(Fortsetzung folgt.)

— Das Haus Eugène Scribe's in Paris ist an den spanischen Bankier Salamanca für 1,200,000 Fr. verkauft worden; ebenso wurde der Pallast des Herzogs von Alba in den Champs Elysées für 6,000,000 Fr. an Hrn. v. Rothschild verkauft.

Gegner in diesem Streite kennen lernen. Wie laut dieselben auch in die Lärmtrompete gegen die nationale Richtung der Politik derselben blasen mögen, der leiseste Versuch einer hemmenden That würde die Stellung unserer Regierung nur um so stärker machen. Sie wird darum auch nicht stille stehen; dessen macht sie und machen wir kein Hehl. Wir können es erwarten, ob der Korrespondent „vom Main" die Scharen gegen uns ins Feld führen will, welche das kurhessische Volk exequirt, und Holsteins gutes Recht und männlichen Widerstand gegen den Dänen gebrochen haben. Gelüstet es den Mainkorrespondenten vielleicht nach solch einem dritten Experiment mit der Langmuth des deutschen Volkes? Wir glauben es nicht. Jedenfalls warnen wir ihn und seinen Freundeskreis, auf dessen Zujauchzen er gezählt haben muß, ernstlich. Er möge sich bescheiden; die Zeiten von 1850 und 1851 sind vorbei, und damit auch die Welle, welche eine Politik wie die seine tragen kann. In dem bayrischen Blatt mag er mit Tinte gegen sich selbst Exekution treiben. Gegen Baden marschiren keine „Strafbayern".

Deutschland wird und muß gewinnen, was sein Recht ist, und was ein großes Volk verlangen kann als geringstes Maß der Leistung seiner Institutionen: — die Einheit unserer Nationalität, die der ewige Rathschluß der Vorsehung begründet hat, indem er uns mit gleicher Sprache und gleicher Sitte auf deutscher Erde werden ließ; ein einiges deutsches Volk wird seinen Ausdruck finden in der Form unserer Verfassung.

Unsere Regierung wird, das hoffen und wissen wir von ihr, Nichts unterlassen, was dahin führen kann, dieses Ziel zu erreichen. Wenn sie, woran sie ihrer ganzen Richtung und den Verhältnissen nach nicht denkt, nicht denken kann und nie gedacht hat, einmal glauben würde, durch den Abschluß einer Militärkonvention diesem Ziel näher zu kommen, so wird sie gewiß vor der Verantwortung dieses Schrittes nicht zurücktreten. Die Drohungen des Mainkorrespondenten werden sie davon nicht abhalten; denn wenn sie es thun wird, wird sie es nur mit der verfassungsmäßigen Zustimmung ihrer Stände und in einer Weise thun, daß die öffentliche Meinung von ganz Deutschland mit ihr und gegen ihn sein wird, wie sie heute mit ihr und gegen ihn ist. Darüber mag er und alle seine partikularistischen Freunde sich klar werden, wie hoch und wie nieder sie auch stehen mögen.

Badens Stellung zur nationalen Frage ist eine Thatsache geworden, über die sie sich ärgern mögen, die sie aber wohl werden hinnehmen müssen.

All' Das hätten sie sich eigentlich selbst sagen sollen, vor Allem der gewiegte Politiker „am Main", der — scheint es — bundesrechtliche Kasuistik zu seinem Spezialstudium gemacht hat.

Um so räthselhafter wird dadurch freilich der Grund, der denselben zu einer so plumpen Lüge bewogen haben konnte. Fast müssen wir, bei der offenkundigen Unmöglichkeit, auf unsere Regierung in seinem Sinne einzuwirken, ihm die Absicht zutrauen, schwächere Charaktere im Lande einzuschüchtern und Parteiungen in ähnlicher Weise zu erregen, wie es jüngst der „Württembergische Staatsanzeiger" versuchte, als er unter Bezugnahme auf das Gefecht bei Waghäusel die Rivalität badischer und preußischer Soldaten wach zu rufen suchte. Aber auch diese Spekulation wird ihm nicht gelingen. Der Wille unserer Regierung ist stark genug, um sich in allen Richtungen geltend zu machen. Eine von der öffentlichen Meinung getragene Politik und eine Regierung, die vor Allem der intelligente Sachwalter der Forderungen des öffentlichen Gewissens sein will, wird auch wissen, sich allseitigen Gehorsam zu verschaffen; sie wird die Autorität der Regierungsgewalt nicht zerbröckeln lassen durch großdeutsche Wühlerei. Den Widerstand intriguanter Koterien und ultramontaner Freibeuter, der versuchen wollte, sie zu lähmen, den kann sie mit einem Winke vernichten. Das ganze badische Volk würde, wenn es darauf ankommt, wie ein Mann zu seinem Fürsten und der nationalen Politik seiner Regierung stehen.

Generalsynode.

* **Karlsruhe**, 1. Juli. In der Sitzung vom 29. v. M. kamen die §§. 37—51 zur Diskussion. §. 37 lautet: „Dem Kirchengemeinderath ist die Sorge für das sittliche, religiöse und kirchliche Wohl der Gemeinde und die Verwaltung der Angelegenheiten derselben auf Grund der Kirchenverfassung und der kirchlichen Ordnungen anvertraut. Es steht ihm, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist, die Leitung und Vertretung der Kirchengemeinde zu, insbesondere: 1) die Pflege evangelischen Glaubens und Lebens, die Förderung christlicher Zucht und Sitte; 2) die gesetzmäßige Mitwirkung bei der Aufsicht über die Schulen zur Wahrung des kirchlichen Einflusses auf die religiöse Unterweisung und Erziehung der Jugend; 3) die Aufrechterhaltung der kirchlichen Ordnung, namentlich während des Gottesdienstes, und die Aufsicht über die würdige Feier der Sonn- und Festtage; 4) die Antragstellung auf Zurückweisung bereits aufgenommener Konfirmanden von der Konfirmation und Aufnahme von Solchen, die zur evangelischen Kirche übertreten; 5) die Verwaltung, Verwendung und Wahrung des Kirchenvermögens der Gemeinde und die Mitaufsicht über das Pfründevermögen nach den hierüber bestehenden Gesetzen und Verordnungen (§. 92, 4); die besondere Aufsicht über die kirchlichen Gebäude und Geräthe der Gemeinde und über die vorkommenden Bauten führt der Kirchengemeinderath durch einzelne seiner Mitglieder, nöthigenfalls unter Zuziehung von Sachverständigen; 6) die Leitung des Kirchenrechnungswesens der Gemeinde nach Maßgabe besonderer Verordnung; 7) die Anstellung der unteren Kirchenbediensteten; 8) die Berufung und Leitung der Kirchengemeinde und Kirchengemeinde-Versammlung; 9) die Aufstellung und Fortführung der Wahllisten, sowie die Entscheidung über die dagegen vorgebrachten Beschwerden; 10) die Vertretung der Gemeinde nach außen, namentlich Behörden gegenüber; 11) die Ausführung der Beschlüsse der Kirchengemeinde-Versammlung."

Dieser Paragraph hatte zu verschiedenen Anträgen Anlaß gegeben, welche eine längere Diskussion hervorriefen. Von einer Seite war gewünscht worden, hinter den beiden ersten Worten einzuschalten: „in Gemeinschaft mit dem Pfarrer". Die Synode lehnte es theils als überflüssig, theils als zu Mißverständnissen führend ab. Von einer andern Seite fand man Ziffer 1 entweder zu unbestimmt oder gar bedenklich, Letzteres insofern, weil der Kirchengemeinderath leicht die ihm zugewiesene „Pflege des evangelischen Glaubens" in einer Weise könne ausüben wollen, in welcher sie ihm nicht zustehe. Auch der Ausdruck „Zucht" stieß auf einigen Widerspruch. Man fürchtete, am Ende gar das Gespenst der alten Kirchenzucht wieder aus dem Grabe aufsteigen zu sehen. Die Synode verwarf aber die eingebrachten Verbesserungsvorschläge und blieb bei obiger Fassung, indem sie an der Ansicht festhielt, daß der Kirchengemeinderath allerdings berufen sei, für die Erhaltung des evangelischen Glaubens namentlich bei gemischten Ehen und für das Erstarken einer sittlichen öffentlichen Meinung zu wirken, vor deren Macht sich das Schlechte zurückziehe und unter deren Einfluß das Gute gedeihe.

§. 38. „Insbesondere liegt dem Kirchengemeinderath auch die kirchliche Armen- und Krankenpflege, so weit erforderlich im Einverständniß mit den Armenbehörden, ob, sowie die Fürsorge für die Verwahrlosten und die bürgerlich Bestraften. Er bestellt hiezu Gemeindehelfer (Diakonen), wo nur immer die Verhältnisse es zulassen. Das Amt der Gemeindehelfer ist ein kirchliches Ehrenamt" — wurde ohne wesentliche Diskussion angenommen.

Zu §. 39. „Den Vorsitz im Kirchengemeinderath führt der Pfarrer oder der Dienstverweser. Der Stellvertreter desselben wird vom Kirchengemeinderath bei jedem regelmäßigen Eintritt neuer Mitglieder gewählt. In Gemeinden, die mehrere Pfarrer haben, tritt, falls der erste am Vorsitz gehindert ist, der nächste an dessen Stelle. Dauernde Vertretung durch einen Aeltesten ist nur mit Genehmigung des Oberkirchenraths zulässig" — wurde der Antrag gestellt, die Stellen, die sich auf Stellvertretung beziehen, zu streichen, indem nach §. 27 kein Kirchengemeinderaths-Kollegium ohne Pfarrer bestehen könne, und namentlich auf dem Lande die hier beliebte Stellvertretung kaum auszuführen sei. Der Antrag wurde verworfen.

§. 40. „Der Kirchengemeinderath versammelt sich auf Einladung des Vorsitzenden in der Regel monatlich einmal an festbestimmten Tagen. Der Vorsitzende kann auch außerordentliche Versammlungen berufen, und er ist dazu verpflichtet, wenn wenigstens $1/3$ es verlangt." Der Vorschlag eines Zusatzes, daß die Sitzungen mit Gebet zu eröffnen seien, fand, als in die Geschäftsordnung gehörig, hier keine Aufnahme.

§. 41. „Der Kirchengemeinderath ist beschlußfähig, sobald mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend ist. Er faßt seine Beschlüsse durch Stimmenmehrheit der Anwesenden. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden."

§. 42. „Bei Verhandlungen über einen Gegenstand, bei welchem ein Mitglied des Kirchengemeinderaths persönlich betheiligt ist, darf dasselbe nur auf ausdrücklichen Wunsch des Kirchengemeinderaths anwesend sein."

§. 43. „Ueber die Verhandlungen wird, in der Regel von einem der Mitglieder, ein Protokoll geführt, welches in das Protokollbuch eingetragen, vorgelesen, und von sämmtlichen anwesenden Mitgliedern unterschrieben wird."

§. 44. „Jedem Mitglied des Kirchengemeinderaths wird Verschwiegenheit über die Gegenstände der Berathung und über Das, was ihm im Amt anvertraut wird, zur besondern Pflicht gemacht."

§. 45. „Bestehen in einer Gemeinde herkömmlich besondere Einrichtungen, deren Anerkennung sie wünscht, oder fühlt eine Gemeinde das Bedürfniß, neue eigenthümliche Einrichtungen zu treffen, welche wesentlichen Bestimmungen der Kirchenverfassung nicht zuwider sind, so können solche nach Begutachtung durch die Diözesansynode mit Genehmigung des Oberkirchenraths beibehalten, beziehungsweise eingeführt werden. Der nächsten Generalsynode sind die Verhandlungen darüber zur Kenntnißnahme und Beschlußfassung vorzulegen."

Diese Paragraphen fanden sämmtlich ohne Diskussion die Zustimmung der Synode. (Forts. folgt.)

Deutschland.

* **Karlsruhe**, 2. Juli. (Generalsynode.) Donnerstag, 4. Juli, Morgens 9 Uhr, öffentliche Sitzung. Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlungen über den Entwurf einer Verfassung. Kartenabgabe Morgens $1/2$9 Uhr auf dem Sekretariat.

München, 29. Juni. (N. M. Ztg.) Die Gesammtbeschlüsse der Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern über das Strafgesetzbuch, das Polizeistrafgesetzbuch und die Einführungsgesetze sind nunmehr der königl. Staatsregierung zur Erklärung über die von den Ausschüssen beschlossenen Modifikationen vorgelegt worden. Der besondere Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat die Berathung des Arrondirungsgesetzes zum Abschluß gebracht.

München, 30. Juni. (Nürnb. Korr.) Die vor kurzem in München abgeschlossene Konvention behufs Ermäßigung der Mainzölle ist mit Ausnahme Kurhessens von allen Theilnehmern an der Konferenz bereits ratifizirt worden. Auch die Ratifikation Kurhessens soll alsbald zu erwarten sein, obwohl die dortige Regierung erklärt haben soll, sie bedürfe zur Ratifikation die vorausgehende Zustimmung ihres Landtags. Diese Zustimmung wird freilich unter den obwaltenden Verhältnissen nicht zu erlangen sein; es ist aber auch kaum anzunehmen, daß es der kurhessischen Regierung mit dem erwähnten konstitutionellen Bedenken sehr ernst sei.

München, 30. Juni. Die „N. Münch. Ztg." schreibt unter offiziösem Zeichen: In mehreren öffentlichen Blättern wird von einem neuen Entwurfe einer Bundeskorps-Verfassung gesprochen, welchen Bayern der jüngst in Würzburg versammelten Militärkonferenz vorgelegt haben soll, und selbst der in der Wesenheit mit dem im Monat August v. J. vereinbarten Konventionsentwurfe übereinstimmende, theilweise aber von letzterm abweichende Text des neuen Entwurfes mitgetheilt. Die Angaben sind indessen irrig; es ist der Konferenz zu Würzburg weder von Bayern, noch von einem andern Theilnehmer an derselben irgend eine Aenderung an dem im verflossenen Jahr aufgestellten Konventionsentwurf beantragt, an diesem vielmehr festgehalten worden, und es ist demgemäß auch der angebliche Text eines Entwurfes apokryph. (Die „Südd. Ztg.", welche diesen neuen Entwurf zuerst mitgetheilt hatte, schließt aus dieser Erklärung, daß derselbe einem frühern Stadium der Verhandlungen angehöre.)

München, 1. Juli. Die „Allg. Ztg." erklärt die bekannten Angaben der „Süddeutsch. Ztg." über die Antwort, welche die bayrische Regierung auf das preußische Anerbieten der Mitwirkung zur Vertheidigung des Oberrheins gegeben haben soll, für unbegründet.

Darmstadt, 30. Juni. Der Großherzog hat nach dem heutigen Bulletin eine ruhige Nacht zugebracht. Die Krankheit nimmt wieder einen regelmäßigen Gang.

Kassel, 28. Juni. Der kurhessische Gesandte in Wien, Wirkl. Geh. Rath v. Schachten, ist hier eingetroffen. Wie es heißt, ist derselbe hieher berufen, um Gewißheit darüber zu geben, was man in nächster Zukunft von Oesterreich zu erwarten habe, um danach die nöthigen Schritte zu bemessen.

× **Vom Niederrhein**, 1. Juli. In der gestern zu Köln in dem Gürzenichsaale stattgehabten größern Versammlung des Nationalvereins hat man sich über folgende Erklärung vereinigt:

1) Als Bewohner von Grenzlanden, deren Lage und Wohlstand die Begehrlichkeit des Auslandes erregen, erkennen und fühlen wir uns vor Allem in der innigsten und unauflöslichsten Verbindung mit dem Gesammtvaterlande. Als Deutsche fordern wir die Einigung Deutschlands zu einem geschlossenen, nach Außen wehrhaften, im Innern festgeordneten Staatsganzen. Als Preußen begnügen wir uns nicht mit dem Bewußtsein, einem Staate anzugehören, dessen große Vergangenheit ihn zu einer europäischen Macht erhoben. Die Geschichte und die gegenwärtige Stellung Preußens lassen uns diesen Staat nur als einen Kern betrachten, dessen eigene Fortentwicklung auf der immer festern Vereinigung mit den übrigen Gliedern des Deutschen Bundes beruht. So unüberwindlich Preußen ist, wenn es mit Deutschland geht, so wenig ist es in der Vereinzelung den innern und äußern Feinden unseres gemeinsamen Vaterlandes gewachsen. Je offener wir daher alle auf die Erhaltung der deutschen Kleinstaaten gerichteten Rheinbundsgelüste verdammen, um so mehr halten wir es für unsere Aufgabe, auf verfassungsmäßigem Wege, namentlich durch die Wahlen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Regierung Preußens, getragen von dem Bewußtsein ihrer deutschen Aufgabe und durchdrungen von den Grundsätzen der bürgerlichen Freiheit, den innern Ausbau des Rechtsstaats gegenüber den Resten des Feudal- und Polizeistaats beharrlich verfolge, die Wehrkraft seines Landes und die Nährkraft seiner Bürger in Einklang setze, alle Elemente des Wohlstandes gleichmäßig entwickle, und so Preußen dem übrigen Deutschland als Vorgänger auf dem Wege hinstelle, welcher der einzige ist, um die deutsche Nation zu einem geachteten und im Nothfalle gefürchteten Mitgliede im Rathe der Völker zu erheben.

2) In Erwägung, daß eine in Süddeutschland stattfindende Generalversammlung des Nationalvereins die Verständigung des Nordens mit dem Süden wesentlich erleichtern wird; in Erwägung, daß die Stadt Heidelberg, welche vor kurzem ihre warme Anhänglichkeit an die nationale Sache in so schöner Weise kundgegeben hat, als der am meisten geeignete Ort erscheint: aus diesen Gründen spricht die Versammlung den Wunsch aus, daß die nächste Generalversammlung des Nationalvereins in Heidelberg stattfinde, und beschließt, daß dieser Wunsch dem Zentralausschuß mitgetheilt werde.

Es mögen 2000 Personen im Saale anwesend gewesen sein. Als Redner traten auf Metz von Darmstadt, Dr. Lüning aus Rheda, Bürgers, Buddecke, Hornag aus Westphalen, und Advokat Bessel aus Trier.

* **Berlin**, 30. Juni. Die „Preuß. Ztg." vom 28. d. wirft aus Anlaß der Küstenschutz-Frage einen Rückblick auf die „mühevollen, kostspieligen und im höchsten Grade uneigennützigen Bemühungen" Preußens für die Sicherheit Deutschlands, und fährt dann fort:

Wie steht dieser Haltung der preußischen Regierung, welche uns überall die weit über die verhältnißmäßige Pflicht hinausgehende opferwillige Leistung eines Theiles für das Ganze zeigt, die der übrigen deutschen Regierungen gegenüber? Die Erhöhung des Prozentsatzes, nach welchem die Stärke der Bundeskontingente zu bemessen, ist abgelehnt worden. Dafür verkünden gelegentlich deutsche Minister und dafür predigen immer häufiger gewisse Broschüren, wie bevorzugt die Bewohner der Mittelstaaten vor den Bürgern Preußens durch die geringere Steuerkraft sind. Die Vorschläge Preußens zur Erhöhung der deutschen Wehrkraft durch zweckmäßigere Organisation wie zur Vertheidigung bisher ungesicherter Theile des deutschen Gebiets, mögen sie noch so vorsichtig, noch so schonend für die Souveränetät seiner Bundesgenossen abgefaßt sein, begegnen theils einer ablehnenden, theils einer abweichenden und hinzögernden Aufnahme, oder werden an für die Gesammtheit schädliche Bedingungen geknüpft. Während man jeden Fortschritt zur Einheit in der Gesetzgebung auf anderm Wege, als durch den Bundestag, mit mißfälligem Auge betrachtet, zeigt der Bundestag nicht die geringste Befähigung, in der dringendsten Angelegenheit der deutschen Sicherheit sich auch nur die unerläßlichsten und unbedenklichsten Maßnahmen anzueignen. Wie lange wird dieses Schauspiel dauern und welche werden die Folgen sein, wenn es fortdauert?

In der gestrigen Nummer kommt das ministerielle Blatt abermals auf die Wehrsache zurück, indem es die unfruchtbaren Verhandlungen über die Reform der Bundes-Kriegsverfassung beleuchtet. Auch von dem neuesten Antrag Preußens beim Bunde scheint die „Preuß. Ztg." nicht viel zu erwarten.

Während die Vortheile desselben — heißt es in dem Artikel — nicht sowohl Preußen als der deutschen Gesammtheit zu Gute kommen würden, betrachtet man gleichwohl die Annahme des Antrags wie eine Konzession an die spezifischen Interessen Preußens, für welche das letztere sich zu Ge-

Senleistungen erbieten müsse. Man entschuldigt seinen Dissens auf der einen Seite damit, daß Preußen auf Gegenforderungen, die freilich mit der deutschen Wehrverfassung in keinem Zusammenhang stehen, nicht habe eingehen wollen; und man macht auf der andern Seite die Zustimmung von der Bedingung abhängig, daß Preußen einem Plan nicht entgegentrete, dessen Ausführung die naturwidrigste Zerreißung der Vertheidigungskräfte Deutschlands zur Folge haben würde. Zwar das einzige militärische Motiv, welches zur Rechtfertigung des Würzburger Konventionsentwurfs aufgefunden werden konnte, hat seinen Halt verloren, seitdem Preußen wiederholt und ausdrücklich erklärt hat, daß es bereit sei, zur Vertheidigung des Oberrheins preußische Hilfskorps zu stellen: daß ein solches Erbieten eine wirksamere Hilfe verspricht, als das Projekt, unzusammenhängende und entlegene Streitkräfte künstlich zusammenzuknüpfen, dies liegt auf der Hand. Aber wir haben bisher nicht vernommen, daß die bundesfreundlichen Gesinnungen Preußens die Willigkeit zum Entgegenkommen gesteigert hätten.

Fassen wir das Ganze zusammen, so ist das Resultat, daß durch die zweijährigen mühseligen Reformbestrebungen wenig oder nichts erzielt ist. Wir sehen nur, daß die Leistungen Preußens sich vergrößert haben; aber wir bemerken nicht, daß denselben entsprechende Leistungen, und fügen wir hinzu, entsprechende Gesinnungen aller Genossen am Bunde zur Seite stünden. Wenn die deutsche Wehrkraft sich seit Verlauf von zwei Jahren erheblich gesteigert hat, so liegt dies lediglich an den großartigen Opfern, welche der preußische Staat sich selbst auferlegt hat. Die Fortschritte am Bunde dagegen beschränken sich wesentlich auf ein negatives Resultat. Man ist in positiven gemeinsamen Maßregeln zum Schutze der Gesammtheit wenig weiter gekommen, aber auch die Gemeinsamkeit in der Negation hat aufgehört. Die Thätigkeit des Bundes, die sich in früheren Jahrzehnden äußerst lebendig erwies, sobald es galt, eine gleichmäßige Repression gegen die politische Entwicklung der deutschen Einzelstaaten auszuüben, ist, Dank der bestimmten Position, welche Preußen in dieser Hinsicht einnahm und in der Depesche vom 6. Juni 1860 mit prinzipieller Schärfe aussprach, nicht mehr zu spüren.

Breslau, 28. Juni. So eben wird durch Anschlag am Schwarzen Brett folgender Senatsbeschluß publizirt:

Nachdem die Studirenden unserer Hochschule die durch ihr Festkomitee unter'm 22. d. M. uns mitgetheilte Resolution vom 20. d.: „daß die Studentenschaft sich nicht an den von der Universität veranstalteten Festlichkeiten betheiligen werde, wenn sie nicht bei allen als mit den Dozenten gleichberechtigter Faktor anerkannt werde", ungeachtet unserer zweimaligen Ermahnung und Aufforderung nicht einfach zurückgenommen haben, beschließen wir: 1) Das bisher bestandene Festkomitee ist aufgelöst, und es werden keine von ihm Namens der Studentenschaft in hiesigen und auswärtigen Zeitungen zu veröffentlichenden Einladungen von uns die erforderliche Genehmigung erhalten. 2) Fortan werden wir bezüglich der bevorstehenden Jubelfeier nur mit denjenigen HH. Commilitonen in Verbindung treten, welche die oben angegebene Resolution theils von Haus aus gemißbilligt haben, theils im Vertrauen auf uns jetzt noch einfach zurücknehmen, und uns dies kundthun. — Breslau, den 28. Juni 1861. Rektor und Senat der k. Universität.

Kiel, 26. Juni. (K. C.) In der gegen den Advokaten Hrn. Bargum hierselbst anhängig gewesenen Untersuchungssache ist nunmehr von dem Oberappellationsgericht ein freisprechendes Erkenntniß abgegeben und dadurch auch die von dem holsteinischen Oberkriminalgericht gegen denselben verfügt gewesene Suspension als Advokat und Notar hinfällig geworden.

Koburg, 27. Juni. Der heute veröffentlichte Voranschlag der Einnahme und Ausgabe des Herzogthums Koburg vom 1. Juli 1861 bis ultimo Juni 1865 schließt mit einer Einnahme von 471,000 fl. und einer Ausgabe von 466,900 fl. ab.

Wien, 1. Juli. Hiesige Blätter versichern „glaubwürdig", der Kaiser erlasse kein Manifest, sondern bloß eine motivirte Erklärung der Nichtannahme, wegen der Pflichtvergessenheit der Ungarn, den erblichen König nicht anerkannt zu haben. Wenn der Landtag die Adresse nicht abändert, so werde dies als Empörung angesehen und die Auflösung des Landtags erfolgen. — Umlaufende Gerüchte von einer Ministerkrisis sind falsch.

Oesterreichische Monarchie.

Lemberg, 29. Juni. Die hiesige agronomische Gesellschaft wählte den Reichsraths-Abgeordneten Dr. Smolka zum Präsidenten, den Landtagsabgeordneten Smarzewski zum Vizepräsidenten an Stelle des resignirenden Fürsten Leon Sapieha und Grafen Krasicki.

Der heutige „Glos" enthält Nachrichten aus Russisch-Polen. Nach denselben herrscht daselbst anläßlich der letzten Reformpatente eine allgemeine Mißstimmung; die Staatsräthe sind noch nicht ernannt, viele Ernennungsanträge der Regierung wurden abgelehnt. Aus dem östlichen Galizien sind beunruhigende Nachrichten über Gefahren eingetroffen, welche den Feldfrüchten durch Heuschrecken drohen.

Italien.

* **Turin**, 30. Juni. Die Diskussion drehte sich in der Deputirtenkammer um das Anlehen. Lafarina hielt eine lange Rede zu Gunsten des Anlehens. Ferrari spricht dagegen. Der Finanzminister vertheidigt dasselbe; er hofft mit Hilfe des Anlehens das Gleichgewicht in dem Budget herzustellen. Er vergleicht das italienische Budget mit denen der anderen Staaten, und findet, daß es sich in günstigeren Bedingungen befinde als verschiedene andere. Musolino bekämpft das Projekt; das Ministerium besitzt sein Vertrauen nicht, weil es das System der französischen Allianz aufrecht erhalten will. England allein sei der wahrhafte Freund Italiens; er besteht darauf, daß man Frankreich zwinge, die fernere Besetzung der Hauptstadt Italiens aufzugeben. Die Italiener könnten nicht auf unbestimmte Zeit von den Launen einer fremden Macht abhängen, welche, so zu sagen, die römischen Schlechtigkeiten (scélératesses) beschütze. Farini erwiedert in lebhafter Weise auf die Aeußerungen Musolino's. Er bemerkt, daß er ohne politische Mission nach Chambery gegangen sei. Bevor ihm die Ehre einer Unterredung mit dem Kaiser zu Theil geworden, habe die piemontes. Regierung unwiderruflich die Expedition gegen die Marken und Umbrien beschlossen gehabt. Farini fügt bei: „Ich empfing damals weder Rathschläge noch Bedingungen von dem Kaiser. So achtunggebietend auch diese Empfehlungen gewesen wären, unsere Regierung wäre damals nicht von ihren eigenen Entschlüssen abgegangen. Der Minister des Königs V. Emanuel, in dessen Namen ich den Kaiser beglückwünschte, hätte von Niemanden Bedingungen angenommen, so groß auch die Dankbarkeit der Italiener gegen Den hätte sein mögen, der ihrem Lande so unermeßliche Wohlthaten erzeigt hat." Musolino erkläre, daß er die französische Allianz als verhängnißvoll ansehe. Er, Farini, sehe sie dagegen als die Grundlage und den Schild des Volksrechtes nicht allein in Italien, sondern auch in Europa an. Italien verdanke Frankreich und dem Kaiser große Wohlthaten, für welche die Geschichte und Italien ihnen große Rechnung tragen werden.

Mailand, 29. Juni. Die „Perseveranza" berichtet aus Genua über Angriffe auf mehrere Pulvermagazine zwischen den Forts Bigatto, Sperone und Diamante.

Aus Turin wird demselben Blatte geschrieben: Der Zustand des Papstes flößt noch immer Besorgnisse ein; man versichert, daß ein kürzlich abgehaltenes ärztliches Consilium erklärte: obwohl Se. Heiligkeit kein charakteristisches Uebel habe, so verlange doch sein Zustand die eifrigste Pflege und unbedingte Ruhe. Gerüchtweise verlautet, Se. Heiligkeit habe ein Breve unterzeichnet, wodurch eine aus fünf Kardinälen bestehende Kommission ohne Konklave seinen Nachfolger zu erwählen ermächtigt sei.

Die „Perseveranza" meldet ferner aus Neapel vom 27. d.: Heute Nacht wurden zwei Bourbonische Komitees entdeckt und die Mitglieder verhaftet; man fand Waffen, Munition, Geld und Uniformen. Cosenz durchstreift mit zwei Bataillonen Nationalgarden und zwei Kompagnien Bersaglieri die Umgebungen Neapels. San Martino soll erklärt haben, daß er ohne Truppenverstärkung weder die innere Sicherheit herstellen, noch die angeordnete Rekrutirung und Steuereinhebung bewerkstelligen könne.

Mailand, 30. Juni. Dem „Lombardo" zufolge hat die Regierung beschlossen, nach Süditalien die vom Statthalter verlangten sechzig Bataillone abzuschicken. Ein großer Theil dieser Verstärkung soll aus Nationalgarde bestehen.

Frankreich.

* **Paris**, 1. Juli. Fürst Piombino ist mit den übrigen Mitgliedern der römischen Deputation hier angekommen, soll aber, wie die „Patrie" versichert, von dem Kaiser nicht empfangen werden. Die Ausdrücke — meint das Blatt — in denen die Anerkennung Italiens geschehen, und die Vorbehalte, welche sie in Betreff Roms enthält, erklären hinreichend die Ziemlichkeit einer solchen Maßregel. Die Nachricht, daß der Minister des Auswärtigen die Deputation empfangen, wird als unbegründet bezeichnet. — Dasselbe Blatt meldet nach einer ihm aus Rom zugegangenen Depesche, daß der Papst wieder vollkommen hergestellt ist, und an dem Peter- und Paulfeste vom 29. das Hochamt abgehalten habe. — Zwischen Frankreich und Peru ist ein Handelsvertrag abgeschlossen worden. — Hr. v. Clercq reist heute Abend nach Berlin ab. — Sämmtliche Gäste des kais. Hofes haben am Samstag Abend Fontainebleau verlassen. Die Abreise des Kaisers nach Vichy ist auf den 4. Juli festgesetzt. — Ueber die Besetzung des Gesandtschaftspostens in Turin ist noch nichts entschieden und die Ernennung des Hrn. v. Banneville zu dieser Stellung noch nicht gewiß. — Graf Arese speiste und übernachtete gestern im Schlosse von Fontainebleau. — Daud Pascha ist heute von Konstantinopel abgereist. — General Montauban wird dieser Tage in Suez erwartet; man glaubt, daß er bis zum 20. Juli in Marseille eintreffen werde. — Nächsten Montag findet im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ein großes Diner zu Ehren der siamesischen Gesandten statt, wozu auch die ersten Sekretäre dieser Gesandtschaft eingeladen sind. Die Gesandten haben mit dem Minister des Auswärtigen zahlreiche Konferenzen. Wie man sagt, hat der Kaiser einen berühmten Maler beauftragt, ein Gemälde von dem Empfang der siamesischen Gesandten in der Gallerie Henri II. in Fontainebleau anzufertigen. Dieses Gemälde soll seinen Platz in der Bildergallerie von Versailles erhalten. — Das „Pays" glaubt nach Mittheilungen aus Frankfurt und Kopenhagen annehmen zu können, daß jede Gefahr eines Streites zwischen dem Deutschen Bund und Dänemark durch die Intervention der europäischen Großmächte beseitigt werde. (!) — 3proz. 67.65.

** **Paris**, 1. Juli. Der Prozeß Mirès — schreibt man der „Köln. Ztg." — wird unstreitig zu den interessantesten und lehrreichsten des Jahrzehnds zählen, weil er an Enthüllungen überreich und auf eine der bedeutsamsten Seiten des jetzigen Frankreichs, auf den Finanzschwindel, Schlaglichter wirft, vor denen man erschreckt zurückfährt. Mirès ist ein „type" und ein Typus, der leider von der Gegenwart nicht die beste Meinung gibt. Wir glauben, Mirès spricht ganz ernst, wenn er fortwährend seine „Hingebung" (devouement), seine Rechtschaffenheit, seine Loyalität im Munde führt; in dem Kreise, dem er angehörte, konnte man eben der „rechtschaffenste Mann von der Welt" sein und doch Dinge alltäglich begehen, die auf jedem andern Gebiete und in jedem andern Kreise nicht angehen. Daß Mirès Hunderte und Tausende von Aktien, die ihm nicht einmal als Pfand, sondern ganz einfach zur Aufbewahrung hinterlegt werden, am nächsten Tage schon verkauft, daß er Tausende von hinterlegten Papieren im Jahr 1856, d. h. zur Zeit der höchsten Kurse, verkauft und die Eigenthümer erst im italienischen Krieg (1859), d. h. zur Zeit der niedrigsten Kurse, benachrichtigt, daß er ihre Papiere so eben verkauft habe, um sie vor einer weitern Baisse zu bewahren; daß er 56,000 Pampelunaaktien ausgibt, wenn er nur 50,000 ausgeben darf und auszugeben behauptet; daß er aus der Kasse 21,000 Aktien nimmt und veräußert, die Jahre lang als noch vorhanden in den Büchern aufgeführt werden; daß Mirès den Rechnungsführern befiehlt, Verluste von 3 bis 4 Millionen im Inventar nicht aufzuführen, um fiktive Dividenden vertheilen zu können; daß in der Korrespondenz zwischen den zwei Geranten offen die Regel aufgestellt wird: „Le salut de la Caisse est la suprême loi", und fortwährend danach gehandelt wird; dies und hundert ähnliche Züge findet der Angeklagte nicht nur ganz in der Ordnung, er sieht darin Nichts als seine „Hingebung" an die Interessen der „Caisse" und möchte dafür einen Monthyon-Preis und die Bürgerkrone beanspruchen! — Die Familie Paterson wurde — wie vorauszusehen war — abgewiesen. — Nach der Turiner „Gazzetta" soll die Regierung Victor Emanuel's von einem gegen das Leben Garibaldi's angezettelten Komplott Kenntniß erhalten haben. Letzterem habe man deßhalb Warnungen zugehen lassen, und überdies würden die Fremden, welche nach der Insel kommen, sorgfältig überwacht. Die „Indep. belge" kann sich nicht versagen, mit diesem in Turin besprochenen Komplott die ihr aus Marseille gemeldete Thatsache in einen gewissen Zusammenhang zu bringen, daß dort der an der Spitze der Polizeiverwaltung stehende Hr. v. Maupas an Bord des eben aus Algerien angekommenen Dampfbootes „Osiris" einen ihm durch eine Depesche der Kolonialbehörde im voraus bezeichneten, eines finstern Planes gegen den Kaiser Napoleon verdächtigen Italiener habe festnehmen lassen. Es sei ein chiffrirtes Schreiben bei demselben gefunden worden. Für die Verhaftung bürgt das Brüsseler Blatt ausdrücklich; hinsichtlich der einzelnen Angaben müsse die Bestätigung abgewartet werden.

Neueste Levantepost.

* **Konstantinopel**, 29. Juni. Die „Patrie" erhält telegraphische Mittheilungen über verschiedene Akte des neuen Sultans, die sich auf die Familienangelegenheiten seines verstorbenen Bruders beziehen. Die Zivilangestellten des Pallastes werden mit einer ihrer Dienstzeit und ihrem Rang entsprechenden Pension verabschiedet. Die militärischen Persönlichkeiten werden der Armee einverleibt. Alle Frauen des Harems, die keine Kinder haben, werden verheirathet; die, welche Kinder haben, bekommen einen anständigen Unterhalt für sich und diese. Die Schulden des Hauses werden liquidirt und mit den Gütern der kaiserl. Familie bezahlt. Der Sultan hat seinem Neffen Mehemed Murad Effendi, dem ältesten Sohne Abdul Medjid's, den Titel Pascha verliehen und ihm ein anständiges Auskommen zugesichert. Ein Gleiches thut er für die übrigen Kinder seines Bruders. Zwei derselben treten auf ihren Wunsch in die Militärschule von Konstantinopel ein. Die Zivilliste des Sultans beträgt durchschnittlich 70 bis 75 Millionen. Abdul Azis hat verfügt, daß eine Summe von 12 Millionen, unabhängig von dem Ertrage seiner ausgezeichnet verwalteten Güter, für ihn und seine Familie genügen solle. Man weiß noch nicht, welchen der Palläste seines Bruders der Sultan beziehen wird. Bis jetzt wohnt er noch in einem sehr bescheidenen Nebenbau des alten Serails in der Nähe des goldenen Horns. Nach einer andern Depesche aus Konstantinopel ist Mehemed Ali, Bruder des Vizekönigs von Egypten, eines plötzlichen Todes in Konstantinopel verstorben. In Konstantinopel herrscht, nach allen Nachrichten, die vollkommenste Ruhe.

Vermischte Nachrichten.

* Karlsruhe, 2. Juli. Wir zweifeln nicht, daß Viele von Denen, welche morgen die Festfahrt nach Pforzheim mitmachen werden, sich auf verschiedenen Punkten der neuen Bahnstrecke auf das angenehmste überrascht sehen werden. Die Gegend, durch welche sie führt, lag bisher seitab, da die Straße von Wilferdingen nach Pforzheim eine andere Richtung einhält, und so mag es kommen, daß die pittoresken und freundlichen Aussichten, die man auf der Bahn von Wilferdingen an hat, bisher weniger bekannt waren. Eine solche bietet sich z. B. alsbald auf dem Bahnhof zu Königsbach. Der Platz, auf dem er sich befindet, ist ganz dem gewaltigen Felsen abgewonnen, der über den Niveau der Bahn 60 bis 80 Fuß schroff in die Höhe steigt und einen herrlichen Anblick gewähren wird, wenn einmal die wilden Reben, die bereits angelegt sind, an dem hohen Gestein emporgerankt sein werden. In der Tiefe liegt der große Ort, der sich aus dem Schutte des gewaltigen Brandes zur Hälfte verjüngt erhoben hat, sanft ansteigend zu einer Anhöhe, welche von der Kirche mit Friedhof beherrscht wird. Ein weiterer, fast noch anziehenderer Punkt ist Ersingen in prächtiger Lage. Hier befindet sich zugleich der erste Tunnel. Beide Orte sind wie gemacht zu Rendezvouz-Orten der Karlsruher und Pforzheimer, falls auch Küche und Keller daselbst derartigen Ausflügen den nöthigen Vorschub bieten sollten. Auch Ispringen und die andern Orte der Linie haben manches Anziehende. Kommt man dann auf dem Bahnhof in Pforzheim selbst an, so hat man eine wahrhaft prachtvolle Ueberschau über die Stadt mit ihrer zum Theil reizenden Umgegend. Ueberhaupt hat die technische Behörde auf der ganzen Bahnstrecke, wie auch anderwärts, bei der Anlage auch das Landschaftliche möglichst mitberücksichtigt, und sich auch dadurch gerechte Ansprüche auf den Dank des reisenden Publikums erworben. An Kunstbauten ist die neue Strecke ebenfalls sehr reich. Dahin gehören in erster Linie die beiden Tunnel (die Durchfahrt durch den größern dauert stark 2 Minuten). Ferner sind große Aufschüttungen mit gewaltigen Stützmauern an verschiedenen Orten zu erwähnen. Der Arbeiten an dem Bahnhofe zu Königsbach haben wir schon gedacht. Die neue Bahn gehört somit nach verschiedenen Gesichtspunkten zu den interessantesten des Landes.

* Karlsruhe, 2. Juli. Gestern Abend wurden wir durch das Erscheinen eines prächtigen Kometen am nördlichen Himmel überrascht.

— Wien, 1. Juli. Bei der heute stattgehabten Serienziehung der 250-fl.-Loose von 1854 wurden folgende 16 Serien à 50 Stück Loose gezogen: Serie 112, 170, 288, 349, 657, 920, 1609, 1789, 1849, 2697, 2941, 3057, 3341, 3383, 3491, 3540.

— Kassel, 1. Juli. Bei der heutigen Gewinnziehung der kurhessischen 40-Thaler-Loose fielen auf folgende Nummern die beigesetzten Prämien: Nr. 89,840 40,000 Thlr., Nr. 21,005 8000 Thlr., Nr. 23,098 4000 Thlr., Nr. 34,648 2000 Thlr., Nr. 83,376 und 110,267 jede 1500 Thlr., Nr. 27,953, 39,436 und 95,787 jede 1000 Thaler.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

V.196. Berwangen u. Bretten. Dem Allmächtigen hat es gefallen, heute Nacht unsere innig geliebte Gattin, Mutter, Tochter und Schwester, Elise Hölder, geborne Paravicini, nach dreiwöchentlicher schwerer Krankheit in einem Alter von 21½ Jahren zu sich zu rufen.

Um stille Theilnahme an unserem schmerzlichen Verluste bitten,

Bretten, den 2. Juli 1861,

Die Hinterbliebenen.

V.125. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Die Eröffnung des Betriebs auf der neuen Bahnstrecke von Wilferdingen nach Pforzheim betr.

In Folge höherer Genehmigung wird die neu erbaute Bahnstrecke von Wilferdingen nach Pforzheim am 4. k. M. für den Personen-, Gepäck-, Equipagen-, Thiere- und Gütertransport dem regelmäßigen Betrieb übergeben werden. Wir bringen dies zur öffentlichen Kenntniß mit dem Anfügen, daß, von obigem Tage anfangend, die täglichen Fahrten nach und von Pforzheim nach Maßgabe des Fahrplanes vom 1. Juni d. J. stattfinden werden.

Ueber die für die neuen Stationen in Anwendung kommenden Tarife wird bei sämmtlichen Stationen der großh. Staatseisenbahnen auf Verlangen nähere Auskunft ertheilt.

Karlsruhe, den 29. Juni 1861.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.

Zimmer.

Kratt.

V.67. Nr. 1033. Karlsruhe.

Erledigte Kanzleidienersstelle.

Die Stelle des Kanzleidieners bei der Verwaltungskommission und Kasse der Militär-Wittwen-Kasse ist erledigt und soll sogleich mit einem unverheiratheten Mann wieder besetzt werden.

Hiezu Lusttragende haben sich, unter Vorlegung von Zeugnissen über Tauglichkeit und Betragen, innerhalb 8 Tagen bei unterzeichneter Dienststelle zu melden.

Karlsruhe, den 27. Juni 1861.

Großherzogliche Verwaltungskommission der Militär-Wittwen-Kasse.

V.122. Schönau.

Firma-Aenderung.

Die Besitzer des **Eisenhüttenwerks Schönau** bei **Bergzabern** in der bayer. Rheinpfalz beehren sich, hiemit anzuzeigen, daß die mehrfach vorgekommenen Verwechselungen mit den übrigen Gienanth'schen Eisenhüttenwerken in der Pfalz sie veranlaßt haben, in freundschaftlichem Einvernehmen mit Freiherrn **Karl von Gienanth** die bisherige Firma **„Gebrüder Gienanth Schönau"** aufzuheben, und die Firma **„Schönauer Hüttenwerk"** anzunehmen; das Werk wird unter dieser Firma durch ihre Verwalter, unter Oberleitung des Herrn Miteigenthümers, **Freiherrn Gustav von Gemmingen Hagenschies,** fortgeführt, — und erstreckt sich die Fabrikation wie bisher nur auf beste Qualität Holzkohlen-Schmiedeisen, sowie Gußwaaren aller Gattungen.

Unser Fabrikstempel wird für die Folge das Zeichen **„Schönau"** führen.

Eisenhüttenwerk Schönau, Ende Juni 1861.

U.993. Renchen.

Einladung.

Das **Preiskegeln,** welches letztes Jahr bei Unterzeichnetem in einem Gabenwerth von 675 fl. 12 kr. begonnen hatte und nicht vollendet wurde, wird seit **Sonntag den 30. Juni** bis zu seiner Vollendung wieder fortgesetzt. Wozu höflichst einladet

Friedrich Behrle
zur Linde.

V.176. Heidelberg.

Lehrling-Gesuch.

Für Messinggießerei und Messingdreherei wird ein Lehrling gesucht bei

W. Wolf in Heidelberg.

Compagnon-Gesuch.

V.178. In einem bedeutenden, sehr rentablen Fabrikgeschäft einer größeren Stadt Süddeutschlands bietet sich Gelegenheit, mit einem Kapital von 25 — 30,000 fl. als Theilhaber einzutreten. Franko Offerten unter Nr. 178 besorgt die Expedition dieses Blattes.

U.909. Mannheim.

Harburger Caoutchouc-Kämme

zu Fabrikpreisen
bei **C. Döring,** La. P. 5 Nr. 2
in **Mannheim.**

T.820. Mannheim.

Guano

aus den Anfuhren der **Peruanischen Regierung,** unter Garantie der Echtheit, billigst bei

G. Köhler & Koch in **Mannheim.**

U.601. Neckargemünd.

Hausverkauf.

In Neckargemünd ist ein solid gebautes, geräumiges Wohnhaus mit Stallung und Remise, in schöner Lage, mit auf den Neckar stoßendem Hausgarten aus freier Hand zu verkaufen von

F. Wundt.

V.193. **Vom Bandwurm** heilt schmerz- und gefahrlos in 2 Stunden **Dr. Bloch** in **Wien,** Jägerzeil 528. Näheres brieflich.

U.920. Karlsruhe.

Allgemeine badische Landes-Industrie-Ausstellung betr.

Da mit dem 15. kommenden Monats mit der Anfertigung des Kataloges begonnen werden muß, um denselben bis zum Beginn der Ausstellung anfertigen zu können, so fordern wir hiemit die Industriellen des Landes, die sich bei diesem schönen vaterländischen Unternehmen etwa noch betheiligen wollen, wiederholt auf, ihre Anmeldungen noch vor dem 15. Juli d. J. an uns einzusenden, da dieselben sonst nicht mehr in den Katalog aufgenommen werden könnten. Es ist diese rechtzeitige Anmeldung auch deshalb nöthig, um den Betheiligten den zum freien Transport nöthigen Begleitschein einsenden zu können, und der Versandt sofort begonnen werden kann, damit sämmtliche Ausstellungsgegenstände längstens bis zum 1. August d. J. hier eingetroffen sind.

Karlsruhe, den 24. Juni 1861.

Die Landes-Industrie-Ausstellungs-Kommission.

J. N. Spreng.

V.46. Karlsruhe.

Dezimal-Brückenwaagen

aus der privilegirten mechanischen Waagenfabrik
von

L. Däntzer & Comp.

Sämmtliche Waagen haben viereckige Brücken und wird für 3 Jahre garantirt.

Tragkraft	1 Ztnr.	2 Ztnr.	3 Ztnr.	5 Ztnr.	8 Ztnr.	10 Ztnr.
	20 fl.	24 fl.	27 fl.	35 fl.	40 fl.	45 fl.
	15 Ztnr.	20 Ztnr.	25 Ztnr.	30 Ztnr.	40 Ztnr.	50 Ztnr.
	54 fl.	64 fl.	76 fl.	90 fl.	120 fl.	145 fl.

Das kleine Dezimalgewicht ist in diesen Preisen mit einbegriffen.

Da in jüngster Zeit Waagen zu bedeutend billigeren Preisen annoncirt und verkauft wurden, haben wir uns solche zu verschaffen gesucht und sind ebenfalls im Stande, solche zu folgenden Preisen zu liefern:

Tragkraft	1 Ztnr.	2 Ztnr.	3 Ztnr.	5 Ztnr.	10 Ztnr.
	16 fl.	18 fl.	22 fl.	28 fl.	35 fl.
	15 Ztnr.	20 Ztnr.	30 Ztnr.	40 Ztnr.	50 Ztnr.
	45 fl.	59 fl. 30 kr.	82 fl.	100 fl.	130 fl.

Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß dieselben **nicht von unserem Fabrikate sind,** und stehen Waagen von beiden Fabrikaten zur Beurtheilung der Preiswürdigkeit bei uns zur Ansicht.

L. Däntzer & Comp.

U.634. Karlsruhe.

Aechtes Persisches Insektenpulver

zur sichern Vertilgung aller, die Wohnungen, Möbel, Betten, Kleider und den Körper belästigenden Insekten wird in Fläschchen mit meinem Namen und Siegel versehen (ohne welche man keinem andern unächten Pulver Glauben schenken wolle), sowohl einzeln, als auch in Parthien zum Wiederverkauf, abgegeben.

Conradin Haagel.

V.77. Berlin.

J. David's Möbel-Magazin,

Berlin, Spandauerstr. 17,

empfiehlt sein bedeutendes En-gros-Lager von Möbeln, Spiegeln und Polsterwaaren den geehrten Wiederverkäufern zu billigen Einkäufen.

Hamb.-Amerik. Packetf.-Act.-Gesellschaft.

Direkte **Post-Dampfschifffahrt**
zwischen

Hamburg und New-York,

eventuell **Southampton** anlaufend:

Post-Dampfschiff **Saxonia,** Capt. **Ehlers,**
am **Sonntag Morgen,** den **14. Juli,**
Post-Dampfschiff **Borussia,** Capt. **Trautmann,**
am **Sonntag Morgen,** den **28. Juli.**

Passagepreise: Nach New-York Erste Kajüte **Pr. Crt. Thlr. 150,** Zweite Kajüte **Pr. Crt. Thlr. 100,** Zwischendeck **Pr. Crt. Thlr. 60.**
Nach Southampton Erste Kajüte **Pfd. St. 4,** Zweite Kajüte **Pfd. St. 2. 10,** Zwischendeck **Pfd. St. 1. 5.**

Näheres zu erfahren bei

August Bolten,
Wm. Miller's Nachfolger in Hamburg,

dessen Agenten: **Karl Hund** in **Achern** und dem **Central-Expeditions-Bureau Mannheim Walter, Reinhardt & Müller.**

In Folge eines neuerdings mit dem General-Postamt in Washington abgeschlossenen Postvertrags haben die bisherigen Abgangstage am 1. und 15. jeden Monats aufgegeben und, wie oben näher angegeben, abgeändert werden müssen. U.954.

V.157. D.Nr. 7379. Karlsruhe.

Fahrniß-Versteigerung.

Aus dem Nachlasse des großh. Mundkochs Leopold Wagner werden in dessen Wohnung, Kleine Herrenstraße Nr. 3, am

Donnerstag den 4. u. Freitag den 5. Juli d. J.,

jeweils von früh 9 Uhr und Nachmittags 2 Uhr an, Gold und Silber, Manns- und Frauenkleider, Bettung, Weißzeug, Schreinwerk, Küchengeräthe und sonstiger verschiedener Hausrath gegen baare Zahlung öffentlich zu Eigenthum versteigert.

Karlsruhe, den 1. Juli 1861.

Großh. bad. Stadtamts-Revisorat.

G. Gerhard.

vdt. Müller.

V.186. Nr. 1254. Stockach.

Pferde-Versteigerung.

Donnerstag den 11. Juli d. J., Nachmittags 2 Uhr, werden vor dem hiesigen Domänenverwaltungsgebäude 13 verstellte Militärpferde (4 Stuten von 10 und 11 Jahren und 9 Wallachen von 8 bis 12 Jahren) gegen Baarbezahlung öffentlich versteigert.

Stockach, den 27. Juni 1861.

Großh. bad. Domänenverwaltung.

Welte.

V.129. Nr. 4954. Eppingen. (Schuldenliquidation.) Andreas Emerich von Tiefenbach hat sich ohne Staatserlaubniß in den Vereinigten Staaten von Nordamerika häuslich niedergelassen. Es wird daher dessen Vermögen mit Beschlag belegt und Tagfahrt zur Schuldenliquidation angeordnet auf

Mittwoch den 28. August d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

in welcher etwaige Forderungen, bei Verlust der Rechtshilfe, anzumelden sind.

Zugleich wird Andreas Emerich aufgefordert, sich in dieser Tagfahrt über seine unerlaubte Niederlassung im Auslande zu verantworten.

Eppingen, den 24. Juni 1861.

Großh. bad. Bezirksamt.

L. Stösser.

vdt. Fuhrmann.

V.183. Nr. 8894. Emmendingen. (Schuldenliquidation.) Andreas Schaffhauser von Denzlingen, zur Zeit in Amerika, hat um nachträgliche Staatserlaubniß zur Auswanderung und Vermögensausfolgung nachgesucht. Etwaige Forderungsansprüche an denselben sind in der auf

Freitag den 12. Juli d. J.,
früh 9 Uhr,

dahier angeordneten Liquidationstagfahrt bei Vermeiden der Nichtberücksichtigung geltend zu machen.

Emmendingen, den 27. Juni 1861.

Großh. bad. Oberamt.

Fingado.

V.184. Nr. 6077. Freiburg. (Diebstahl und Fahndung.) Vom 6. — 8. Mai d. J. wurde in einem hiesigen Privathause eine silberne Cylinderuhr mittlerer Größe mit weißem Zifferblatt und zersprungenem Glas entwendet.

Unten auf dem Zifferblatt war noch ein kleines Zifferblättchen mit Sekundenzeiger. Der Deckel war in der Mitte gravirt und auf dem innern Deckel (Staubdeckel) befand sich die Nummer 4992. An der Uhr war eine dünne schwarze Wollschnur, und an einem schwarzledernen Riemchen ein kleiner, runder, messingener Uhrschlüssel.

Wir bitten um Fahndung.

Freiburg, den 28. Juni 1861.

Großh. bad. Stadtamts-Gericht.

Mallebrein.

V.185. Nr. 2432. Oberkirch. (Aufforderung.) In dem Besitze des dahier wegen Diebstahls in Untersuchung stehenden Handschuhnähers Mathias Berger von München wurden nachbezeichnete Gegenstände, über deren redlichen Erwerb der Angeschuldigte sich nicht auszuweisen vermag, vorgefunden:

1) Eine silberne Cylinderuhr von der Größe eines Kronenthalers, mit weißem emaillirtem Zifferblatt, schwarzen stählernen Zeigern, vergoldetem cisilirtem Gehäuse und doppeltem Deckel.

Auf der innern Seite des Gehäusdeckels befindet sich die Zahl 25620 und die römischen Buchstaben F. E.

2) An der Uhr befindet sich eine goldene doppelte Panzerkette von 1' Länge mit einem Schieber. An der Kette befindet sich ein goldener Breguetschlüssel.

3) Ein größeres Portemonnaie von Leder mit Stahleinfassung und circa 19 fl. Geld enthaltend.

4) Ein kleineres Portemonnaie von Leder mit etwa 4 fl.

5) Ein seidener gestrickter Geldbeutel, welcher in der Mitte rothbraun und an den Enden grün ist und auf welchen Stahlperlen eingestrickt sind.

6) Eine Post- und Eisenbahnkarte für Deutschland und die angrenzenden Länder von G. Hanser. Nürnberg 1861.

Diejenigen, welche an diese Gegenstände rechtmäßige Ansprüche machen zu können glauben, werden aufgefordert, solche dahier anzubringen.

Oberkirch, den 27. Juni 1861.

Großh. bad. Amtsgericht.

Bohm.

V.145. Nr. 6650. Lörrach. (Aufforderung.) J. U. S. gegen Urban Hacker von Nordrach hat der Angeschuldigte seinen frühern Aufenthaltsort verlassen und sein jetziger konnte nicht ermittelt werden. Da seine nochmalige Einvernahme erforderlich ist, wird er aufgefordert, sich binnen 3 Wochen dahier zu stellen, widrigens das Urtheil nach dem Ergebniß der Untersuchung gefällt würde.

Lörrach, den 26. Juni 1861.

Großh. bad. Amtsgericht.

Losinger.

vdt. Dertinger.

V.175. Nr. 11,573. Heidelberg. (Aufforderung und Fahndung.) Peter Ewald von Wilhelmsfeld ist der Entwendung zweier Mäntel und damit des dritten gemeinen Diebstahls und des dritten Rückfalls in das gleichartige Vergehen des Betrugs angeschuldigt.

Derselbe wird aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen dahier zu stellen, widrigenfalls das Erkenntniß nach dem Ergebnisse der Untersuchung würde gefällt werden.

Zugleich ersuchen wir sämmtliche Behörden, auf den Peter Ewald zu fahnden und ihn auf Betreten anher abliefern zu lassen.

Heidelberg, den 29. Juni 1861.

Großh. bad. Amtsgericht.

v. Litschgi.

V.103. Nr. 8916. Bruchsal. (Aufforderung.) Der unten signalisirte Füsilier Johann Baptist Schleier von Bruchsal hat sich unerlaubt aus seiner Garnison entfernt. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 6 Wochen dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, widrigenfalls er als Deserteur des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die gesetzliche Geldstrafe verurtheilt würde. Auch wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt.

Signalement.

Größe, 5' 2" 4'''.
Körperbau, schlank.
Gesichtsfarbe, gesund.
Farbe der Haare, schwarz.
Augen, braun.
Nase, klein.
Mund, gewöhnlich.
Zähne, gut.
Besondere Kennzeichen, keine.

Bruchsal, den 27. Juni 1861.

Großh. bad. Oberamt.

Leiber.

V.181. F.A.R.Nr. 3539. Karlsruhe. (Urtheil.) In Untersuchungssachen gegen Kanonier Franz Karl Blessing von Pfaffenweiler, wegen Nothzuchtsversuchs und Desertion, wurde durch Standgericht vom 17. d. Mts. zu Recht erkannt;

„Kanonier Franz Karl Blessing von Pfaffenweiler sei der Gewaltthätigkeit an der Karolina Haigis von Oberdigisheim, sowie der Desertion für schuldig zu erklären, deßhalb unter Verfällung in die Untersuchungs- und Straferstehungskosten zu einer Militärarbeitsstrafe von einem Jahre, sowie zu einer Strafkapitulation von acht Jahren zu verurtheilen."

V. R. W.

Das Urtheil erhielt die Bestätigung durch Beschluß großh. Kriegsministeriums vom 21. d. Mts., Nr. 12,735.

Dieses wird dem flüchtigen Angeschuldigten auf diesem Wege eröffnet.

Karlsruhe, den 29. Juni 1861.

Der
Regiments-Kommandant a. i.:
Bender, Major.

Frankf. Börsenzettel nach dem Kursblatte des Wechselmakler-Syndik. Montag, 1. Juli.

Staatspapiere.

		Per comptant.
Oestr.	5% M. i. S. b. R.	72 P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	70⅞ P.
„	5% do. 1859 i. Lst.	64⅛ P.
„	5% Lb. i. S. b. R.	79 G.
„	5% Ven. Coup. b. R.	65 P.
„	5% Nat.-Anl. v. 1854	55⅞ P. ⅝ G.
„	5% Met.-Obl.	46⅝ G.
„	5% do. 1852	—
„	4½% do.	41½ P.
Preuss.	5% Preuss.	107⅞ G.
„	4½% Oblig.	102⅞ P.
„	3½% Staatssch.	88⅛ G.
Bayer	5% O. 1856 b. R.	103⅞ P.
„	4½% 1jähr.	102⅛ G.
„	4½% ½jähr.	102⅞ G.
„	4%	101 P. 100⅛ G.
„	4% Abtös.-R.	101 P. 100⅛ G.
„	3½%	97⅛ G.
Wrtg.	4½% Obl. b. R.	105⅛ G.
„	4% „ Cp. b. R.	101⅞ P.
„	3½% ditto	95⅛ G.
Baden	4½% Oblig.	103⅛ P. 102⅛ G.
„	4% do.	100⅛ P.
„	3½% do. v. 1842	96⅛ P.

		Per comptant.
Kurh.	4½% Obl. b. Rths.	—
G. Hess	5% Oblig. b. Roths.	104½ P.
„	4½% Obligat.	103 P 102½ G.
„	4% do. bei Roths.	100⅝ P.
„	3½% ditto	94½ G.
Nass.	5% Obl. bei Rths.	105 P.
„	4½% Obl. ditto	102½ P.
„	4% Obl. ditto	99½ P.
„	3½% Obl. ditto	94 P.
Brsw.	3½% Obl. b. Roths.	90½ P.
Luxbg.	4% Obl in Fr. à 28 kr.	91⅛ P. ⅞ G.
Frkft.	3½% Obligat.	98⅝ P.
„	3% ditto	92 P.
Span.	3% inländ. Schuld	46⅞ P.
„	1⅔%	41⅞ G.
Holld.	2½% Integr.	—
Belg.	4½% O. i. Fr. 28 kr.	100 P.
Sard.	5% O. b. H. i. Lv. à 12	—
„	3% O. b. R. i. L. 28 kr.	—
Tosk.	5% O. C. b. Goldsch.	—
Schwd.	4½% O. b. R. E. R. 105	99⅞ P. 99 G.
Schwz.	4½% Eidg. Obl.	101⅞ G.
N. Am.	6% St. Dll. 2½ fl.	—
„	5% do. v. 1871 u. 74	—

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

Frankfurter Bank à 500 fl.	109⅞ G.
Oesterr. Nat.-Bank-Akt.	630 G. ex D.
Oest. Credit.-Akt. fl. 200	113½ bez. u. G.
Bayr. Bankaktien à 500 fl.	—
Darmst. B. 1. u. 2. Ser. à 250 fl.	186 bez. u. G.
Weim. B.-A. à 100 Rthlr.	75 P.
Mitteldeutsche Crdakt.	71⅛ P.
Norddeutsche „	—
Intn. Bk. i. Lnz. Fr. 250	84 G.
Berl. Disc. Anth. à 105 b. N	—
Ldgfl. H. Ldbk. b. R. Erlngr.	—
Leipz. Creditbk. Thlr 100	—
Taunus-Eisenb.-A. à 250 fl.	319 G.
Frankf.-Han. Eisenb.-Akt.	64⅜ G.
4% Oest. Staats-Eisnb.-A.	232 P. 230 G. ex D.
3% Pr. O. d. Oest. St. E.-Gs.	50¼ P.
3% Oest. St. Pr. O. 28 kr. b. R.	—
5% K. K. Elis.-Eb.-A. 85% E.	119 G.
5% Elisab.-Bahn Prior.	75⅜ P.
„ Pardub. Vrb.-Act. 200 fl.	—
Rhein-Nahe-B. 80% E. 4% Z.	22½ P.
4% Ldwh.-Bexb. Eis.-Akt.	138 P. 137½ G
4½% Pf.-Max. E.-A. b. R.	102½ bez. 102 G.
4½% Bayr. Ostb. b. Rthsch.	104⅞ bez.
4½% Hs. Ludw. A. o. Zinsb.	105⅛ P.
Kurf.-Fr. Wilh.-Nordb. A.	—
Livorn.-Florenz-Eis.-Akt.	—
4½% Hess. Ludwigsbahn.	99⅛ G.
5% Oest. Ll. 1.-P.-O. Z. 1. S.	66½ G.
5% do. 2. do.	64 P.
Ludw.-B. 5% 1. u. 2. Pr.-Obl.	105 G.
„ „ 4½% Pr.-Obl.	102⅛ G.
„ „ 4% Pr.-Obl.	99 P.
4½% Rhein-Nahe Pr.-Obl.	97 P.
4½% Frkf.-Han. Pr.-Obl.	—
5% P.-O. Frz.-O.-B. Fr. 28	—
Südd. Bankakt. 30% Einz.	238 P. ex C.
Sp. H.-n. I. 75% E. I. Fr. 28 kr.	—
dt. C.-A. G. P. & C. 40% 28 kr.	—
Bayr. Ostb. b. R. 30% 4½%	104½ P.
Deutsch. Phön.-Akt. 20% E.	130 G.
Providentia Feuerv. 18% E.	101 P. 100½ G.

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. „ 1839	51½ P.
„ 250 fl. „ 1854	—
„ 100 fl. Pr. 1858	—
„ 500 fl. von 1860	61½ P.
3½% Preuss. Pr.-A.	124⅞ G.
Schwd. Rthlr. 10 b. R.	9⅞ G.
Badische 50-fl.	90½ P.
„ 35-fl.	53 P.
Kurh. 40 Th.-L. b. R.	39 P.
G. Hess. 50-fl.-L. b. R.	—
„ 25-fl.-L. „	35⅞ P.
Nass. 25-fl.-L. b. Rth.	35¼ P.
Hamb. in Th. à 105 kr.	102 P. 100 G.
Schmb.-Lipp. 25 Th.	31 P.
Sard. Fr. 36 b. Bathm.	51 G.
St. Lütt. m. 2½% E. Z.	37 P.
Vereins-Loose à 100 fl.	104⅛ P.
Amsb. Grh. 7-fl. b. Eri	10⅞ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k. S.	99⅞ B.
Antwerpen	„	93⅞ G.
Augsburg	„	100 B.
Berlin	„	105⅛ G.
Bremen	„	96⅞ B.
Brüssel	„	93⅞ G.
Cöln	„	105 G.
Hamburg	„	88 B.
Leipzig	„	105 G.
London	„	118⅜ G.
Mailand	„	93½ G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	93⅞ B. ⅛ G.
Triest	„	—
Wien	„	84 bez.
Disconto		3½ G.

Geld-Sorten.

Pistolen	fl.	9 36⅞-37⅞
ditto Preuss.	„	9 57-58
Holl. fl. 10 Stücke	„	9 43-44
Ducaten	„	5 31⅞-32⅞
20-Frankenstücke	„	9 20⅞-21⅞
Engl. Sovereigns	„	11 47-51
Gold p. Pfd. fein	„	799-804
Rand-20r. ditto	„	30 12
Hh. S. p. Pfd. fein	„	51 40-52 15
Preuss. Cass.-Sch.	„	1 45⅞-⅛

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.